

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

04. März 2017

Garnisonkirche wird aufgebaut

bin. HANNOVER, 3. März. Der Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam kann beginnen. Die Stiftung Garnisonkirche hat von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) die erforderliche Freigabe für zwölf Millionen Euro Fördermittel erhalten. Die Bauarbeiten müssen im Herbst beginnen, damit die bis 2020 geltende Baugenehmigung nicht erlischt. Die Stiftung Garnisonkirche möchte für 26,1 Millionen Euro zunächst den Turm der früheren preußischen Militärkirche in Grundzügen wiederherstellen, die im Zweiten Weltkrieg bombardiert und deren Ruine 1968 vom SED-Regime gesprengt worden war. Zu den Baukosten tragen neben dem Staat und der evangelischen Kirche, die ein Darlehen über fünf Millionen Euro gibt, auch zahlreiche Spender bei. Allein der Moderator Günther Jauch gab 1,5 Millionen Euro. Die Stiftung Garnisonkirche hofft mittelfristig auf weitere neun Millionen Euro Spendengelder, um auch den Turmhelm, die Glocken und die barocken Verzierungen rekonstruieren zu können. Langfristig möchte die Stiftung auch das Kirchenschiff wiederaufbauen.

Neue Hoffnung

Potsdams Bürgerbegehren ist unzulässig

Am künftigen Bild von Potsdams historischer Mitte entzündet sich seit Jahren heftiger Streit, dessen Wurzeln in der DDR-Zeit liegen. Jetzt hat das Verwaltungsgericht ein Bürgerbegehren (15 000 Unterschriften) für unzulässig erklärt, das die DDR-Bauten im geschundenen Zentrum der brandenburgischen Landeshauptstadt unbedingt erhalten will. Das Gericht vertrat die Auffassung, Bürger hätten wegen des ungenauen und teilweise irreführenden Textes nicht unbedingt verstehen können, was sie da unterschrieben. Die Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ für den Erhalt eines ästhetisch fragwürdigen ehemaligen „Interhotels“, einer Fachhochschule und eines ebenfalls trostlosen Plattenbau-Wohnblocks hatte Klage gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erhoben, die das Bürgerbegehren bereits im Herbst 2016 für rechtlich unzulässig erklärte. Die Stadt will die „DDR-Bausünden“ (Oberbürgermeister Jann Jakobs), die jetzt das Landtagschloss umschließen, abreißen. Sie werden durch Wohn- und Geschäftshäuser mit historischen „Leitfassaden“ ersetzt. Unterstützt werden diese Pläne von Bürgerinitiativen wie „Mittelschön“, die sich für die 1999 von der Stadtregierung beschlossene „behutsame Wiederannäherung an das charakteristische, gewachsene historische Stadtbild“ Potsdams einsetzen. Am Tag nach dem Gerichtsurteil hat zudem Kulturstaatsministerin Monika Grütters die zwölf Millionen Euro Bundeszuschuss für den Wiederaufbau des Turmes der 1968 gesprengten Garnisonkirche freigegeben. Auch gegen dieses Projekt kämpfen Initiativen. Rh